

Schwesig regte einen Runden Tisch bei Frauenministerin Stefanie Drese (SPD) an, um dort gemeinsam über das weitere Vorgehen und die Bedarfe in den Frauenhäusern zu sprechen. Schwesig verwies zudem auf den Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD im Bund, der Verbesserungen für die Frauenhäuser bundesweit vorsieht.

Unmittelbar vor dem Empfang im Mecklenburgischen Staatstheater, an dem rund 200 Frauen teilnahmen, hatten

rund 30 Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern und Beratungsstellen demonstriert. Das Land habe seine Zuschüsse für die Gehälter seit dem Jahr 2005

nicht mehr erhöht, erklärten die Demonstrantinnen. Dadurch fehlten den 70 Mitarbeiterinnen bis zu 40 Prozent Lohn im Vergleich zum Tarif im öffentlichen Dienst.

Der gleichstellungspolitische Sprecher der Linken im Landtag, Peter Ritter, kritisierte Schwesig wegen der Situation in den Frauenhäusern und -beratungsstellen. „Noch vor wenigen Wochen haben SPD und CDU die Forderungen meiner Fraktion für eine dringend notwendige Aufstockung der Mittel für die tarifliche Anpassung der Beschäftigten im Hilfesystem abgelehnt“, sagte er. Vor Ort fehlten Fachkräfte, Stellen in den Frauenhäusern blieben monatelang unbesetzt, Hilfe für die Betroffenen könne nicht mehr gewährleistet werden. „Das ist fatal.“

Iris Leithold



Manuela Schwesig

Dienstag, 6. März 2018

Mehr Geld für Frauenhäuser

Manuela Schwesig
will Beschäftigte
besser bezahlen

Schwerin. Das zusätzliche Geld des Landes für die Frauenhäuser soll für die bessere Bezahlung der Beschäftigten dort eingesetzt werden. Das hat Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) gestern in Schwerin beim ersten Empfang der Landesregierung zum Internationalen Frauentag vorgeschlagen.

Zu Jahresbeginn sind die Zuschüsse des Landes für die neun Frauenhäuser von 700 000 auf 842 000 Euro gestiegen. Zunächst war vorgesehen, mit dem Geld eine dritte Stelle an den sechs Frauenhäusern einzurichten, die noch nicht über eine solche verfügen. Nach Schwesigs Worten soll die Ausweitung des Personals nun in einem zweiten Schritt erfolgen. „Wir können nicht neue Stellen schaffen, ehe nicht die vorhandenen besser bezahlt werden.“